Nummer 168

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sports: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. 75. Jahrgang Mittwoch, 9. April 1930

Havas über BIZ-Gerüchte.

Paris, 9. April.

Havas veröffentlicht folgende halbamtliche Feststellung:

In gut unterrichteten Kreisen erklärt man, daß in gewissen ausländischen Zeitungen verbreitete Gerüchte über Beschlüsse, die wegen der künftigen Operationen oder Emissionen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Paris getroffen worden sein sollen, mit viel Vorbehalt aufzunehmen sind. Man hebt hervor, daß die erste Sitzung des Verwaltungsrates der Bank, die allein die entsprechenden Entscheidungen treffen kann, in Basel erst in der Woche nach Ostern stattfinden wird. Man erinnert andererseits daran, daß weder der Präsident der Bank, noch ihr Generaldirektor bereits offiziell ernannt sind und daß diese Ernennungen erst nach der verfassungsgebenden Versammlung erfolgen können. Endlich weist man darauf hin, daß erst im Anschluß an diese konstituierende Versammlung der Verwaltungsrat der Bank zweckdienliche Beschlüsse sowohl wegen der Emission des Aktienkapitals als auch wegen der Emission der 300-Millionen-Dollarkapitals, die im Youngplan vorgesehen ist, treffen wird.

Außerdem erklärt man, daß der Aufenthalt des früheren Sachverständigen des Young-Komitees Lamont in Paris nur von kurzer Dauer war und daß die wenigen, im wesentlichen privaten Unterredungen, die er in Paris hatte, sicherlich bezweckten, allerhand Fingerzeige über die Lage des internationalen Finanzmarktes, der vorläufig für die Bildung der Internationalen Bank noch sehr günstig zu sein scheint, zu sammeln. Lamont ist übrigens bereits nach Italien weitergereist.

Amerika und die deutschen Reparationsfonds

Heftige Opposition im Kongreß.

TU London, 9. April.

In Kreisen des amerikanischen Kongresses machen sich, wie der „Daily Telegraph" aus Washington zu melden weiß, sehr erhebliche Widerstände gegen die Auflegung der deutschen Reparationsbonds in den Vereinigten Staaten geltend. Das republikanische Kongreßmitglied Mac Fadden-Pennsylvanien, der Vorsitzende des Bank- und Währungsausschusses des Repräsentantenhauses, stützt, wie schon kurz gemeldet, seinen Widerstand gegen den Ankauf dieser Bonds durch das amerikanische Publikum auf die Behauptung, daß hierdurch die Saat zu einem künftigen Kriege gelegt werde, in dem ein vereinigtes Europa gegen die Vereinigten Staaten ziehen würde (!). Die Frage der Rechtsgültigkeit dieser Bonds solle dem Staatsdepartement unterbreitet werden. Für den Fall einer negativen Entscheidung oder stillschweigenden Uebergehung eines solchen Ersuchens kündigte Mac Fadden die Einbringung einer Gesetzesvorlage an, die den Ankauf der Bonds in Amerika verbieten soll.

Mac Fadden sagt weiter voraus, daß Deutschland zu dem früher möglichen Zeitpunkte die ihm durch den Youngplan auferlegte Bürde als illegal bezeichnen werde. Es werde dabei auf die Bedingungen hinweisen, die ihm aufgezwungen worden seien, nachdem es bereits entmutigt war. **Aus diesem Grunde wird auch der Vertrag von Versailles von Mac Fadden als illegal bezeichnet.** Die Zeit werde kommen, wo sich das übrige Europa Deutschlands in der Forderung anschließen werde, sämtliche finanziellen Verpflichtungen an die Vereinigten Staaten abzuschreiben. Das Ziel der alliierten Regierungen bei der Kommerzialisierung der deutschen Reparationsbonds liege darin, die Bonds an Amerika zu verkaufen, um auf diese Art und Weise von der Verantwortlichkeit für die spätere Kollektierung befreit zu werden.

Ein Freihandels-Feldzug in England.

Sozialistisch-liberale Zusammenarbeit.

London, 9. April.

Der politische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: Die Gattin des Schatzkanzlers Snowden gab gestern in Downingstreet ein Frühstück, zu dem eine Anzahl sozialistischer und liberaler Vorkämpfer des Freihandelsgrundsatzes, darunter auch Lloyd George, eingeladen waren. Es handelt sich dabei nicht um die Frage eines parlamentarischen Zusammenschlusses der Sozialisten und der Liberalen, sondern nur um die gemeinschaftliche Verteidigung der „Freihandelszitadelle" gegen die Angriffe, die von den Schutzzöllnern vor den nächsten Parlamentswahlen erwartet werden. Das Ergebnis der Besprechungen war ein Beschluß, nach Ostern eine Reihe von Konferenzen abzuhalten, an denen Geschäftsleute, Vertreter der Gewerkschaften und Wirtschaftssachverständige teilnehmen sollen. Im Anschluß hieran wird wahrscheinlich eine Anzahl öffentlicher Kundgebungen veranstaltet werden.

Rom—Wien.

Bericht über den italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrag.

Rom, 9. April.

Der Berichterstatter für den Etat des Auswärtigen, Abgeordneter Polverelli, hat im Namen des Kammerausschusses zur Prüfung des italienisch-österreichischen Freundschaftsvertrages seinen Bericht vorgelegt. Polverelli erinnert zunächst daran, daß der Vertrag sympathischen Widerhall in der ganzen Welt gefunden habe, und führt dann fort: Die Erklärung der Freundschaft zwischen Staaten, die voneinander entfernt liegen und niemals Streit miteinander hatten, hat vielleicht nur geringe Bedeutung. Die Versöhnung zwischen zwei benachbarten Nationen dagegen, die den durch den Krieg geschaffenen Geistszustand endgültig und loyal überwinden und sich im gemeinsamen Gefühl der Freundschaft nähern, stellt etwas Neues im Leben der Völker dar. Die Versöhnung zwischen Italien und Oesterreich kann als ein Beispiel für andere Völker angesehen werden. Die beiden Staatsmänner, die in Erkenntnis der höchsten Interessen der beiden Völker den Vertrag vorbereiteten und zum Abschluß brachten, verdienen uneingeschränkte Anerkennung. Der Berichterstatter erklärt darauf, daß die italienisch-österreichische Versöhnung die volle Zustimmung seitens der italienischen Nation erhalten habe, die ihre Gefühle durch den begeisterten Empfang für den Bundeskanzler Schober bekundet habe. Der Einmütigkeit des österreichischen Parlaments werde die einstimmige Ratifizierung des Vertrages durch die italienische Kammer entsprechen als ein Beweis des Glaubens Italiens an eine fruchtbare und friedliche Zusammenarbeit zwischen Rom und Wien.

Biersteuer im Ausschuß abgelehnt.

Industrie-Aufbringungsumlage genehmigt.

Im Steuerausschuß des Reichstages wurde heute vormittag die Vorlage über die Erhöhung der Biersteuer um 75 %, die nach dem Voranschlag der Regierung für das Reich 240 Mill. Mark für die Länder weitere 130 Mill. Mark erbringen sollte, mit großer Mehrheit abgelehnt. Nachdem gestern bereits auch die Mineralwassersteuer und das Gesetz über die Verkürzung der Tabaksteuerstundung im Ausschuß keine Mehrheit gefunden haben und heute auch das Kernstück des Deckungsprogramms, die Biersteuer, gefallen ist, bleibt als Ergebnis der Ausschußberatungen von dem ganzen Programm nicht mehr viel übrig. Trotzdem nimmt die Reichsregierung, wie man hört, den bisherigen Verkauf der Ausschußberatungen nicht besonders tragisch. Das Kabinett hat noch keineswegs die Hoffnung aufgegeben, daß sich bis spätestens zur dritten Lesung der Steuervorlage im Plenum in der Einstellung der Parteien noch manches ändern und sich schließlich doch eine parlamentarische Mehrheit für das Deckungsprogramm finden lassen wird. Die Regierung rechnet dabei einerseits auf den Zwang, der sich zum mindesten für alle landwirtschaftlichen Parteien schon aus dem Umstand ergibt, daß eine Durchführung des Agrarprogramms ohne vorherige Finanzsanierung praktisch nicht möglich ist. Außerdem verspricht man sich in unterrichteten Kreisen weitere Klärung von einer Unterredung, die heute vormittag zwischen dem Reichspräsidenten und dem Parteivorsitzenden der Bayerischen Volkspartei Scheffer sowe dem Fraktionsführer Leicht stattgefunden hat und in der fraglos die bisherige ablehnende Haltung der Bayerischen Volkspartei gegenüber der Biersteuererhöhung den Hauptgesprächsgegenstand gebildet haben dürfte. Es ist möglich — allerdings noch nicht sicher — daß die Regierung, um der Bayerischen Volkspartei auf halbem Wege entgegenzukommen, wieder auf das bereits in der vergangenen Woche aufgetauchte Kompromißprojekt zurückgreift, wonach die Biersteuer nur um 50 Prozent erhöht und statt dessen eine Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,75 auf 0,85 Prozent vorgenommen werden soll. Näheres über die Absicht der Regierung dürfte freilich erst nach einer Parteiführerbesprechung zu erfahren sein, die für heute nachmittag 4 Uhr angesetzt ist. Selbstverständlich liegt eine nahe Auflösung des Reichstages als letztes und stärkstes Argument der Regierung nach wie vor im Bereich der Möglichkeit.

Im Steuerausschuß des Reichstags

wurde heute vormittag nach kurzer Aussprache die Biersteuererhöhung abgelehnt. Für die Erhöhung stimmten nur das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Alle übrigen Parteien lehnten die Vorlage ab, der Stimme enthalten hat sich keine Partei.

Die **Novelle zum Branntweinmonopol** wird nach weiterer Aussprache gegen die Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. — Es folgt die Vorlage über die

Erhebung der Industrie-Aufbringungsumlage.

Nach dieser Vorlage wird an Stelle der bisherigen Jahresleistungen der Industriebelastung 350 Millionen zugunsten des Reiches erhoben werden. Davon gilt ein Betrag von 70 Millionen als getilgt dadurch, daß aus der bei der Bank für Industrie-Obligationen gebildeten Ausgleichs- und Sicherungsrücklage 70 Millionen bis zum 15. Mai 1930 an das Reich abgeführt werden. Demgemäß wird die Umlage für das Rechnungsjahr 1930 auf 6,1 v. T. des aufbringungspflichtigen Betriebsvermögens bemessen. Die Umlage wird in zwei gleichen Teilbeträgen am 15. August 1930 und am 15. Februar 1931 fällig.

Abg. **Keil** (Soz.) beantragte, den Umlagebetrag von 350 auf 370 Millionen, die Umlage von 6,1 auf 6,5 v. T. zu erhöhen. Weiter beantragten die Sozialdemokraten, an der Aufbringungsvorlage einen Artikel II anzufügen, der bestimmt, **daß im Jahre 1930 für die Einkommen über 8000 Mark ein Zuschlag von 10 v. H. auf die Einkommensteuer erhoben wird.**

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer

wies darauf hin, daß nach den bereits Gesetz gewordenen Beschlüssen des Reichstags im Februar dieses Jahres die Industrieumlage noch einmal erhoben werden solle, obgleich sie durch die Annahme des Youngplanes hinfällig geworden sei. Der vorliegende Entwurf sehe auch einen weiteren Abbau der Industriebelastung vor, **verlangsame nur mit Rücksicht auf die Finanzschwierigkeiten das Tempo des Abbaues.** Gegenüber den Versuchen der Sozialdemokraten, die Industriebelastung zu vereinigen, betonte der Minister, daß diese These in den Gesetzen zur Ausführung des Dawesplanes, denen auch die Sozialdemokratie zugestimmt hatte, bewußt abgelehnt worden sei. Die Aufbringungsvorlage habe mit der Aufwertungsgesetzgebung gar nichts zu tun, also falle die Voraussetzung für die sozialdemokratischen Anträge fort. Die jetzt von der Sozialdemokratie eingebrachten Anträge, die eine donernde Erhöhung der Besitzsteuern wollen, schlagen alledem ins Gesicht, was mit denübrigen Parteien der alten Regierung auch die Sozialdemokraten noch vor ganz kurzer Zeit als ihr Steuerprogramm vertreten haben. **Diese Anträge sind für die Regierung ganz unannehmbar.**

Abg. **Dr. Rademacher** (Dnat.) wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge. Die jetzt von der Regierung eingebrachte Vorlage nehme für das Reich Gelder in Anspruch, die tatsächlich der Industrie gehören. Der Redner beantragt, die Anrechnung der 70 Millionen aus dem Reservefonds der Obligationsbank zu streichen und den Aufbringungsbetrag für 1930 auf 280 Millionen herabzusetzen.

Reichsfinanzminister **Dr. Moldenhauer** erklärt, bei Annahme des Antrags Rademacher würde sich die Belastung des einzelnen Steuerzahlers nicht ändern, aber im Etat würden dann 70 Millionen fehlen, die auf andere Weise beschafft werden müßten. **Bei Ablehnung der Regierungsvorlage würde im Etat ein Ausfall von 350 Millionen entstehen, denn ohne ein besonderes Gesetz könne die Aufbringungsumlage nicht weiter erhoben werden.**

Abg. **Dr. Reinhold** (Dem.) meint, das Gesetz widerspreche den wiederholten feierlichen Versicherungen, daß der Reservefonds der Obligationsbank der Industrie gehört. Wenn die Demokraten dennoch für die Vorlage stimmen, so deswegen, weil darin wenigstens im Prinzip der Abbau der Industriebelastung begonnen wird. Die deutschnationalen und sozialdemokratischen Anträge lehnt der Redner ab.

In der Abstimmung

wird der sozialdemokratische Antrag auf Einkommensteuerzuschlag mit 14 gegen 13 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Die Regierungsvorlage wird nach Ablehnung der sozialdemokratischen und deutschnationalen Aenderungsanträge bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen.

Nach kurzer Aussprache wird dann die Vorlage angenommen über die weitere Hinausschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichseinheitswerte.

Angestimmt wird weiter der Verordnung über die Ausdehnung des Hauptfeststellungszeitraumes auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes.

Damit ist die Ausschußberatung der bisher vorliegenden Deckungsvorlagen beendet.

Frau Hanau aus der Haft entlassen

Paris, 9. April.

Frau Hanau, die Leiterin der „Gazette du Franc", ist gestern abend, nachdem die geforderte Kaution von 800000 Francs von ihren Verwandten und Gläubigern aufgebracht worden ist, aus der Haftentlassen worden. Sie wurde von ihrer Mutter, ihrem Mitarbeiter Lazare Wach und ihrem Anwalt vor dem Gefängnis erwartet. Außerdem hatten sich etwa 500 Personen eingefunden, von denen einige ihrem Unwillen durch feindselige Rufe Ausdruck gaben. Frau Hanau soll sich in ein in einem Pariser Vorort gelegenes Sanatorium begeben haben.

Rückkehr des Staatssekretärs Schmid ins Rheinministerium.

TU Düsseldorf, 9. April.

Zur Frage einer Rückkehr ins Ministerium für die besetzten Gebiete bestätigte Staatssekretär Schmid gelegentlich eines Vortrages vor dem Parteiausschuß der DVP. im Wahlkreis Düsseldorf-Ost, daß er auf dringendes Ersuchen des Reichsministers Treviranus sich zur Wiederaufnahme seiner Dienstgeschäfte bereithalte, um seine 7½jährige Arbeit für die Rheinlandbefreiung zum Abschluß zu bringen und die demnächstige Liquidation der Reichsverwaltung für die besetzten Gebiete sicherzustellen.

Die Nachricht von der Rückkehr des Staatssekretärs Schmid ins Rheinministerium wird in unterrichteten Berliner Kreisen bestätigt.

— **Verschiebung der Präsidentschaftswahlen in Bolivien.** Nach einer Meldung der Associated Preß aus La Paz (Bolivien) wurden infolge der wirtschaftlichen Depression, namentlich in der Bergbauindustrie, die Präsidentschaftswahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.

Die Probe.

Durch die Parteien des Parlaments geht ein acherontisches Frösteln. Nicht so sehr etwa deshalb, weil wieder einmal eine Reichstagsauflösung droht. Der Kampf um die Wiedereroberung des Mandats ist zwar lästig und für manchen wenig aussichtsreich. Aber man hat als geschlossene Masse, fassungen als Gattung, derartige unliebsame Unterbrechungen schon oft erlebt und — als Gesamtheit — immer glücklich überstanden. Mochten auch die Koalitionen wechseln, die „Herrschaft der Fünfhundert" wurde jedenfalls immer wieder neu stabilisiert. Wenn es diesmal anders ist und ein Gefühl ständig wachsender Beklemmung sich des ganzen Parlaments bemächtigt hat, so rührt das wohl in erster Linie davon her, daß man begonnen hat, an sich selbst und an den Grundlagen des Systems zu zweifeln. Die Ahnung, daß man zu viel geredet und zu wenig getan, daß man über dem Verhandeln das Handeln verlernt, daß man sich selbst nicht zum Beherrscher, sondern zum Gefangenen des Systems gemacht hat und daß das System ebenso gerufen hat, wie die Gesamtheit seiner Träger, diese Ahnung ist es, die, wie ein Gespenst, die Wandelhallen und Fraktionszimmer durchgeistert und in immer mehr „Vertretern des Volkes" die bedrückende Empfindung wachruft, vor einem in seinen Ausmaßen noch nicht zu überschauenden Zusammenbruch zu stehen. Leises Grauen erfaßt den Parlamentarier, den Nichts-als-Parlamentarier. Schon hat er sehen müssen, wie alte Parteiwerte ihren Kurs verloren, wie Männer aus seinen eigenen Reihen sich zusammentaten, um ohne Rücksicht auf die „geheiligten" Regeln der Fraktionsarithmetik den Versuch zu praktischer Arbeit zu unternehmen. Wie soll das werden, wenn er am Tage der Auflösung das Boot besteigen muß, das ihn hinausführt auf die Wogen des Wahlkampfes? Wird es ihn wieder zurücktragen, fröhlich bewimpelt mit den Farben der Partei, aus altvertraute Gestade wohlgesicherten Diätenbezugs? Oder wird es am Ende nicht doch der Nachen des Charon sein, aus dem es keine Wiederkehr gibt?

*

Es ist — man kann das nur immer wieder betonen — nicht so sehr von Belang, ob und wann der Reichstag, dieses seiner Alleinherrschaft bereits praktisch entthronte Parlament, aufgelöst wird, als vielmehr, daß die neue Reichsregierung der Mission, die sie sich selbst gegeben und die ihr das Schicksal gestellt hat, treu bleibt. Man hat das Kabinett Brüning eine Regierung der Frontgeneration genannt und zweifellos näheret es sich in seiner Führung und Zusammensetzung stärker als alle seine Vorgänger dem Wunschbilde, das sich das allmählich in das reife Mannesalter eingetretene Geschlecht des großen Krieges von einer Regierung nach seinem Herzen gemacht hat. Keine Vorschußlorbeeren! Auch das Kabinett Brüning hat seine Probe noch zu bestehen! Daß sie schwer sein wird, sehr schwer, und daß sie von den neuen Männern auf die Dauer allein überhaupt nicht bewältigt werden können wird, es sei denn, daß ihnen eine über alle Parteibindungen hinausgreifende Bewegung zu Hilfe kommt, unterliegt keinem Zweifel. Täuschen wir uns nicht: eine solche Bewegung ist, von einigen Ansätzen eingesehen, im Augenblick noch nicht vorhanden. Sie zu schaffen, wäre das Frontkämpfergeschlecht in erster Linie berufen und dazu auch durchaus in der Lage, wenn es sich zunächst einmal auf sich selbst besinnen und aufhören würde, zwischen den extremen Polen von Illusion und Resignation hin und her zu pendeln. Die an sich richtige Parole „nationale Realpolitik" ist von gewisser interessierter Seite totgeritten und fuspekt gemacht worden. Sie soll nicht mehr hervorgeholt werden. Was getan werden muß, ist einfach, die national wertvollen Kräfte des Volkes, vor allem der Frontgeneration, in eine politische Willensrichtung zu leiten, die, ebenso frei von allen illusorischen Träumen, wie weit entfernt von jedem müden Verzicht, nüchtern und zäh und unbeirrt auf das große Ziel hinarbeitet: auf die Wiedererringung der nationalen Freiheit und Macht.

*

Wie jedes politische Problem ist die Entillusionierung derjenigen politischen Strömungen, die für die Arbeit am neuen nationalen Staat überhaupt in Betracht kommen, ein Führerproblem. Wobei allerdings der Kreis der zur Führung Berufenen nicht zu eng gezogen werden darf, während andererseits die Anforderungen, die an jeden einzelnen gestellt werden müssen, nicht hoch genug gespannt sein können. Was not tut, sind Männer — möglichst viele Männer —, die mit heißem Herzen, aber kühlem Kopf, der Sache und nur der Sache dienen! Die für sich nichts, aber für das Land alles wollen! Die, persönlich makellos und über jedem Tadel erhaben, doch keinerlei kleinliche Bedenken kennen, wenn immer es gilt, der Sache zu nützen. Männer, die allen unnötigen Ballast, wie politische oder gesellschaftliche Vorurteile, Parteidogmen und ähnlichen Krimskrams längst über Bord geworfen haben. Männer, die, wenn es sein muß, mit dem Teufel paktieren, um der Nation zu dienen. Politiker, die von Politik etwas verstehen! Keine politische Dilettanten, Stammtischredner oder Vereinsvorstände! Und vor allem und immer wieder: nüchterne Rechner, Wirklichkeitsmenschen, die, mag der Flug ihrer Gedanken und Wünsche sich noch so hoch zu den Sternen erheben, doch fest und sicher mit beiden Beinen auf der Erde stehen. Es ist verhältnis-

Bessarabien-Kundgebung im rumänischen Parlament.

Bildung einer unabhängigen Gruppe innerhalb der Nationalen Bauernpartei.

Bukarest, 9. April.

In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde im Namen von 24 bessarabischen Abgeordneten eine Erklärung verlesen, in der diese Abgeordneten ihrer unerschütterlichen Treue gegenüber dem geeinten Rumänien Ausdruck verliehen, gleichzeitig aber ihre Mißbilligung über den Austritt des Abg. Stere aus der Nationalen Bauernpartei aussprechen. Die Unterzeichner der Erklärung teilen mit, daß sie diesen Austritt nicht anerkennen und eine unabhängige Gruppe im Rahmen der Nationalen Bauernpartei bilden wollen, die jedoch die Regierung bei der Durchführung des Parteiprogramms unterstützen werde.

Ministerpräsident Maniu dankte den Abgeordneten Bessarabiens für die von ihnen bekundete Gesinnung, die wiederum den Beweis für die unerschütterliche Verbundenheit Bessarabiens mit dem Mutterlande liefere, und wies auf das Interesse hin, das die Regierung für das Wohlergehen und den Fortschritt dieser allen Rumänen teueren Provinz hege.

— **Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oesterreich.** In der zweiten Märzhälfte ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Oesterreich um rund 30 600 auf 239 094 zurückgegangen.